

Straßenbau: Rat richtet Appell ans Land

Resolution fordert, dass Anwohner keine Beiträge mehr zahlen müssen.

Lünen. Gleich mehrere Anträge zu den Straßenbaubeiträgen gab es am Donnerstag im Rat. Diese Punkte wurden nach längerer Diskussion vorgezogen, auch um die zahlreichen Bürger auf der Zuschauertribüne nicht unendlich lange warten zu lassen. Am Ende einigte man sich einstimmig auf die von der Wählergemeinschaft Gemeinsam für Lünen (GFL) beantragte Resolution ans Land.

Darin heißt es unter anderem: „Der Rat der Stadt Lünen begrüßt und unterstützt die Initiative des Deutschen Steuerzahlerbundes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge nach KAG (Kommunales Abgabengesetz, Anm. d. Red.), weil diese ungerecht sind, zu erheblichen und schlecht planbaren Zahlungsverpflichtungen führen und bei privaten Nutzern von Eigentum einen Eingriff in die private Altersvorsorge darstellen.“ Auf Vorschlag des SPD-Fraktionschefs Michael Haustein wurde der Satz hinzugefügt, dass die Kosten nicht zu Lasten der Kommunen gehen dürfen.

Regress möglich

Bürgermeister Jürgen Kleine-Frauns machte deutlich, dass das Gesetz nur in Düsseldorf geändert werden könne. Anfang 2019 soll es einen runden Tisch mit Vertretern der Bürgerinitiativen aus Lünen und der Politik geben, um die Fragen und

über ein möglicherweise neues Gesetz keine Bescheide mehr verschicken soll, wurde auf die nächste Ratsitzung vertagt. Alle Fraktionen wollen im Vorfeld noch einmal darüber diskutieren und auch die Anmerkungen von Dezernent Arnold Reeker und Kämmerer Uwe Qwitter mit in die Überlegungen einbeziehen.

Reeker hatte aus einem Schreiben des zuständigen Ministeriums zitiert, das der Stadt durch die Bezirksregierung zugegangen ist. Darin wird erläutert, dass eine Festsetzungsverjährung möglicherweise Regressansprüche gegen den Bürgermeister, aber auch gegen Ratsvertreter auslösen könne. Qwitter mahnte, dass Lünen überschuldet sei und er davon ausgehe, dass bei einem Aussetzen der Bescheide sofort die Aufsichtsbehörde eingreifen würde.

Höchstsätze empfohlen

Der Durchschnittswert der KAG-Beiträge lag laut Reeker in Lünen im Jahr zwischen 900.000 und einer Million Euro. Derzeit stehen noch Bescheide für eine Reihe von aufwendigen Maßnahmen aus. Auf die Frage, ob man den Anteil des Stadtbetriebs Abwasserbeseitigung Lünen (SAL) erhöhen könne, meinte der Dezernent, dass SAL zahle, was für Kanalbaumaßnahmen anfällt. Im Kreis Unna liege Lünen mit den KAG-Beiträ-

geben, wo die Fragen rund um die KAG-Beiträge erläutert und diskutiert werden sollen.

Der Antrag der FDP-Fraktion, in dem gefordert wurde, dass die Verwaltung bis zur Entscheidung des Landes

Lunen mit den KAG-Beiträgen am oberen Ende: „Der Rat hat Spielräume, die Beiträge zu verändern, wobei wir die Empfehlung bekommen haben, die Höchstsätze auszuschöpfen – angesichts der Haushaltslage.“ *rott*